



Neues Schuljahr, alte Probleme

In Thüringen hat am 3. September für 235.061 Kinder und Jugendliche das neue Schuljahr begonnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Schüler konstant geblieben. Die Zeit der großen Rückgänge sei vorbei, sagte Bildungsminister Christoph Matschie. Auch für die kommenden Jahre rechnet er mit gleich bleibenden Zahlen bei den Schulanfängern.

Der Schulpolitiker der Linksfraktion, Dirk Möller, fasste die Ankündigungen des Ministers zusammen: „Neues Schuljahr, alte Probleme.“ Der Abgeordnete verwies auf den immer noch viel zu hohen Altersdurchschnitt der Lehrer in Thüringen und die wiederum zu erwartenden Krankheitsausfälle, die offenbar nicht abgedeckt werden könnten. Der Neueinstellung von 350 Lehrern stehe der Abgang von 320 Lehrern in den Ruhestand gegenüber. Es sei äußerst fragwürdig, „ob die Schulen von diesem Plus, das sowieso nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein ist, spürbar etwas haben werden“. Zudem würden die Einstellungen in den Schuldienst meist viel zu spät vorgenommen, was die Planungssicherheit an den Schulen gefährde.

Man könne „nur hoffen, dass die Eigenverantwortung der Schulen in Thüringen – ein bisher schon schleppender Prozess – durch das angekündigte Pilotvorhaben für eigenverantwortliche Personalentscheidungen wirklich vorangetrieben wird“, sagte Dirk Möller. Die Entwicklung der Gemeinschaftsschule im Freistaat vollziehe sich auch

„eher bedächtig“, wenn der Minister jetzt zehn neue Gemeinschaftsschulen ankündige. „Ein Skandal ist es, dass die CDU das so notwendige Landesprogramm Schulsozialarbeit blockiert.“ Hier müsse der Minister noch mehr Druck entfalten.

Mit Blick auf die Berufsbildenden Schulen und den Rückgang ihrer Schülerzahlen, forderte die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Hennig, die Einhaltung des Versprechens, dass Auszubildende bei weiteren Fahrtwegen finanziell unterstützt werden. Der Minister müsse eine Richtlinie zur Fahrtkostenerstattung vorlegen und sollte sich an Bayern ein Beispiel nehmen, wo die Kosten vom Land komplett übernommen werden.

Kochen statt Catering

„Kinder sollten wieder einen eigenen Bezug zu Lebensmitteln und zur Essenzubereitung bekommen, indem sie in ihrer Kita oder Schule kochen lernen und dort zubereitetes Essen genießen können“, schlug Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu Beginn des neuen Kita- und Schuljahres vor. „Essen, das über den Catering-Service angeliefert wird, Fertigmensüs für die Mikrowelle und McDonalds erschweren einen positiven Bezug zu Nahrungsmitteln.“ Dies mache sich insbesondere an den Ernährungsgewohnheiten der Kinder und Jugendlichen fest. Schon im Jahr 2006 sei in der Studie EsKiMo des Robert-Koch-Instituts festgestellt worden, dass Kinder und Ju-

gendliche zu wenige pflanzliche Lebensmittel wie Gemüse, Obst, Brot und Kartoffeln essen und ihre Vorlieben eher bei Fast Food und Limonade liegen. „Derlei Präferenzen lassen sich nicht durch Belehrungen ändern, sondern nur durch Erfahrung“, stellt die Familienpolitikerin fest. „Wer selbst Tomaten geschnitten und Kräuter zerkleinert hat, lässt das Ketchup schon mal für eine eigene Tomatensoße stehen.“

Ähnlich sei es mit dem Essen, das nicht angeliefert, sondern in Kita und Schule gekocht werde. Hier könnten die Kinder die Lebensmittel im Originalzustand sehen, riechen, wie Mittagessen zubereitet werde und dieses frisch anstatt aufgewärmt genießen. In Thüringen gebe es durchaus ein Bewusstsein für die Bedeutung gesunder Ernährung für Kinder und Jugendliche, was der Beitritt zur Plattform Ernährung und Bewegung zeige. „Jetzt gilt es, diesem Schritt einen weiteren folgen zu lassen und das Kochen wieder an Kitas und Schulen zurückzuholen.“

Die LINKE schlägt vor, mit den Einrichtungen zu beginnen, die noch über eigene Küchen verfügen. Hier muss zunächst die Finanzierung der Köchinnen und Köche geregelt werden. Danach müsse der Einbau neuer Küchen geplant werden. Auf Dauer werde es nicht teurer, vor Ort mit regionalen Lebensmitteln zu kochen, als das Geld in Cateringfirmen fließen zu lassen. „Und wenn dies zu gesünder Ernährung und einem besseren Bezug zu Lebensmitteln führt, können wir gar nicht früh genug damit beginnen“, so die LINKE Familienpolitikerin abschließend. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Geld statt Gutscheine

Die LINKE hat die Thüringer Landräte und Oberbürgermeister kreisfreier Städte aufgefordert, die Umstellung der Leistungshöhen für Flüchtlinge nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gleich für eine Abkehr vom diskriminierenden System der Wertgutscheinpraxis hin zu Bargeldleistungen zu nutzen.

Einige wenige Landkreise und kreisfreie Städte haben bereits angekündigt, künftig auf Wertgutscheine zu verzichten oder dies bereits in die Tat umgesetzt. Zuletzt kündigte der Weimarer Oberbürgermeister Wolf an, das Gutscheinsystem in Weimar abschaffen zu wollen. Dieser Schritt hin zu einem menschenwürdigen Umgang mit Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen ist auch in allen anderen Landkreisen, die nach wie vor an der mehrfach diskriminierenden Ausreichung von Wertgutscheinen festhalten, längst überfällig. Wertgutscheine verhindern ein selbstbestimmtes Leben und befördern zusätzlich Ressentiments gegenüber Flüchtlingen sowie rassistische Einstellungen durch die Wahrnehmung in den Einkaufsmärkten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz legt die Entscheidung, ob an Flüchtlinge Bargeld oder Wertgutscheine ausgereicht werden, in die kommunale Verantwortung. Dies wurde durch das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung im Juli nicht bemängelt, allerdings ging das Gericht davon aus, dass die „Sachleistungen in der Praxis meist durch Geldleistungen ersetzt“ werden.

In Thüringen versucht allerdings die Rechts- und Fachaufsichtsbehörde, das Landesverwaltungsamt, seit Jahren, Bargeldleistungen zu verhindern und tut dies auf Basis einer durch das Innenministerium erlassenen Verwaltungsvorschrift, die eine besonders diskriminierende Gesetzeslage, die vor 15 Jahren auf Bundesebene abgeschafft wurde, in Thüringen fortleben lässt.

Die tatsächliche Praxis zu ändern, liegt in der Verantwortung der Landräte und Oberbürgermeister. Weimar bietet neben anderen Städten und wenigen Landkreisen ein aktuelles Vorbild für entsprechende Entscheidungen in anderen Landkreisen. Zahlreiche Rechtsgutachten belegen, dass die Gewährung von Bargeld an Flüchtlinge rechtlich zulässig und unter Beachtung der Grundrechte auch geboten ist. ■

AKTUELL

Stopp der Wasserentnahmeabgabe

Die landesweiten massiven Proteste gegen die geplante Wasserentnahmeabgabe waren insofern erfolgreich, dass der Umweltminister Jürgen Reinholz am 29. August vorerst einen Stopp des Gesetzgebungsverfahrens verkündet hat. Er sagte, dass das Vorhaben „mit der gebotenen Sorgfalt“ geprüft werden soll. Zugleich forderte er eine bundeseinheitliche Lösung. Nur so könne auch Klagen aus der Wirtschaft über Wettbewerbsverzerrungen entgegengewirkt werden.

Den vorläufigen Stopp einer Wasserentnahmeabgabe hat die Linksfraktion begrüßt. Allerdings, so der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel, „sollte die Landesregierung auch zukünftig auf die Erhebung ei-

ner solchen Abgabe verzichten und keine neuen gesetzlichen Regelungen einführen, die eine weitere Belastung von Bürgern und Unternehmen zur Folge haben und letztlich die Landesfinanzen sanieren sollen“.

„Bereits heute sind die in Thüringen zu zahlenden Wassergebühren die Höchsten im gesamten Bundesgebiet“, betont der Abgeordnete. Die Zweckverbände machten ausreichend Gewinne aus den Zahlungen der Bürger. Eine weitere Belastung sei auch im Hinblick auf die Abgabengerechtigkeit nicht zu verantworten. Landesregierung und Zweckverbände sollten hier gegensteuern und Bürger sowie Unternehmen entlasten. Zudem soll die Landesregierung das wachsende Gewinnstreben der Verbände eindämmen. „Was-

ser als Lebensmittel Nummer Eins muss für jeden bezahlbar bleiben“, betonte der LINKE Politiker.

Der umweltpolitische Sprecher, Tilo Kummer, unterstrich seine Kritik, dass der Minister diesen Gesetzentwurf überhaupt auf den Weg brachte. Erneut werde deutlich, dass dieser in einigen Bereichen seine Hausaufgaben nicht mache. Statt unausgereifte Gesetzentwürfe vorzulegen, müsste er sich z.B. mehr um die Beseitigung von ökologischen Altlasten kümmern. Auch sei es höchste Zeit, dass sich der Minister dazu äußert, wie sich das Land zum Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegenüber der Bundesregierung in Bezug auf die Gewässerbelastung durch den Kalikonzern K+S verhalten will. ■